

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 Mk., bei Vorbestellung 3 Mk. wöchentlich 70 Pf. Für Postanfragen: 25 Pf. Für Postanfragen: 25 Pf. Für Postanfragen: 25 Pf. Für Postanfragen: 25 Pf.



Anzeigenpreis: Die 3-spaltige Raumzeile 20 Goldpfennig, die 2-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 1-spaltige Zeile 20 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Tages- und Wochenblätter 10 Goldpfennig. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen die Auftraggeber. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Rossen.  
Nr. 110. — 84. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Mittwoch, den 13. Mai 1925

## Die Not des Rechtes.

Es wäre eine Aufgabe, des Schweiges der Edlen wert, einmal festzustellen, wieviel Gesetze und wieviel Verordnungen mit Gesetzeskraft, wieviel Ausführungsbestimmungen in der Nachkriegszeit herausgekommen sind. Zur Inflationszeit war die Notendruckpresse diejenige Maschine, die am schnellsten arbeitete, aber die Gesetzgebungsmaschine leistete eine kaum minder reichhaltige Arbeit. Allerdings geschah diese Arbeit auf Kosten der Qualität, und ein Redner auf der großen Berliner Anwaltsversammlung, die am Sonntag stattfand, hatte nicht unrecht mit seinem Ausspruch, die Gesetzgebungsmaschine in Deutschland leide an Überproduktion und die Rechtsnot komme her vom Notrecht.

Gemeint ist damit die unendliche Fülle von Gesetzen und Verordnungen, die vor allem durch die Inflation und ihre Folgen hervorgerufen worden sind und die häufig nur für ganz kurze Zeit gelten konnten, weil sie durch die Entwicklung unserer Währung praktisch unwirksam gemacht worden sind. Leider aber hat man häufig genug unterlassen, derartige Verordnungen, die vielleicht nur für den Augenblick paßten und berechtigt waren, wieder zu beseitigen, hat ferner versäumt, im Hinblick auf die gänzliche Umgestaltung und Konsolidierung unserer Währungsgrundlage aus der neuen Lage die notwendigen Folgerungen zu ziehen, so daß auf allen Gebieten des Rechts die allergrößte Unsitte herrscht und durch die fast täglich neu herauskommenden Gesetze und Verordnungen nur noch vermehrt wird. Ein kaum zu überbietendes Durcheinander herrscht auf dem großen Gebiete des Arbeitsrechts; aber nicht nur, daß sich auf diesem wie auf anderen Gebieten des Rechts Gesetze und Verordnungen bisweilen völlig widersprechen, sich teilweise aufheben oder unberechtigte Ausdehnungen und Überspannungen erfahren, viel schlimmer ist es wohl, daß die Rechtsprechung selbst auf engstbegrenztem Gebiet zu den widersprechendsten Resultaten führt. Um nur einen kleinen Ausschnitt des Arbeitsrechts zu erwähnen: die Entscheidungen über Streitfragen der Durchführbarkeit des Betriebsratsgesetzes laufen völlig auseinander, führen zu den grotesksten Widersprüchen.

Der außerordentliche Berliner Anwaltskongress richtete aber vor allem gegen zwei Erscheinungen des öffentlichen Lebens die Hauptangriffe, nämlich gegen die Verordnungs- und die Gesetzeskraft der Reichspräsidenten auf Grund des § 48 der Verfassung und gegen die Verordnungs- und die Gesetzeskraft der Reichsregierung auf Grund des früheren und eines künftig etwa geplanten Ermächtigungsgesetzes. Die unbestimmte Fassung des § 48 der Reichsverfassung soll ja nun durch ein neues Reichsgesetz in eine genaue Bestimmung der Voraussetzungen und der Grenzen abgeändert werden, wie es bei Schaffung der Verfassung im § 48 selbst zugesagt worden war. Der Gesetzentwurf ist bereits im Januar dieses Jahres vom Kabinett Luther eingebracht, bisher aber noch nicht beraten worden. Das Ermächtigungsgesetz selbst, wie es im Oktober 1923 zustande kam, war ja im Prinzip richtig gedacht: es war ein Notgesetz für eine Zeit, in der das Reich in den Abgrund hinabzugleiten drohte. Es waren Gesetze in der Notzeit für die Not. Es waren aber Verordnungen, die dem Grundgedanken der repräsentativen Demokratie insofern völlig widersprachen, als sie Entscheidungen von schwerwiegender Bedeutung nicht nur für diese Notzeit, sondern weit darüber hinaus getroffen haben. Erinnert sei dabei vor allem an die außerordentlich weitreichende Wirkung der Dritten Steuernotverordnung, erinnert wurde auf dem Anwaltskongress dabei auch an die große Reform, die unsere Gerichtsverfassung völlig umgestaltete. Auch hier mußte mancher Anspruch auf Rechtsicherheit der Not der Zeit weichen, weil einfach die materiellen Mittel fehlten, um diesen Ansprüchen zu genügen. Und die Forderungen des Anwaltskongresses, die Notverordnungen jener Zeit einer Nachprüfung auf ihre Verfassungsmäßigkeit zu unterziehen, bedeutet an sich zweifellos vielleicht noch eine Vermehrung der Rechtsunsicherheit, ist aber berechtigt, angesichts der Tatsache, daß Entscheidungen letzter Instanzen die Verfassungsmäßigkeit bei- weilsweise gewisser Bestimmungen der Dritten Steuernotverordnung verneint haben.

Verständlich aber auch ist die weitere Forderung der Aufhebung aller Ausnahme- und Sondergerichte. Hier stehen sich namentlich wirtschaftliche Interessen gegenüber, weil bestimmte wirtschaftliche Klassen für die Erledigung von Rechtsstreitigkeiten, die sich beispielsweise auf das Verhältnis von Arbeitgeber zum Arbeitnehmer beziehen, die Erhaltung bzw. Neueinrichtung von Sondergerichten erstreben. Vielleicht kann man im Gegensatz zum Anwaltskongress die Erhaltung dieser Sondergerichte in der ersten Instanz für zweckmäßig erachten, wird aber zugeben müssen, daß die höheren Instanzen mit dem gewöhnlichen Rechtsweg übereinstimmen müssen, schon aus dem einfachen Grunde, weil sich derartige Rechtsstreitigkeiten sachlich doch nicht so scharf begrenzen lassen, als daß nicht Entscheidungen in diesen Fällen Rückwirkungen auf anderen Gebieten manchmal überraschender Art haben müssen.

## Eine Verletzung der diplomatischen Gepflogenheiten.

### Keine Glückwünsche der Entente an Hindenburg.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.  
Paris, 12. Mai. Der Quai d'Orsay teilt mit: Frankreich, England und Italien haben beschlossen, an den Generalfeldmarschall v. Hindenburg anlässlich der Übernahme des Amtes als Reichspräsident keine Glückwünsche zu richten und es bei den bloßen Höflichkeitbesuchen ihrer Berliner Botschafter bewenden zu lassen.

### Die Sitzung der Botschafterkonferenz auf Freitag verschoben.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.  
Paris, 12. Mai. Die Botschafterkonferenz wird, wie halbamtlich verlautet, erst am kommenden Freitag zur Abfassung der Note an Deutschland zusammentreten.

### Der französische Ministerrat über die Abrüstungs- und Sicherheitsfrage.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.  
Paris, 12. Mai. Der Ministerrat wird sich morgen fast ausschließlich mit der Frage der Abrüstung und Sicherheit befassen. Außenminister Briand wird eine ausführliche Darstellung der beiden Probleme geben. Der Quai d'Orsay hat heute dem britischen Botschafter Lord Crewe eine französische Gegenantwort auf das britische Memorandum über die Abrüstungs- und Sicherheitsfrage überreicht.

### Das amtliche Ergebnis der französischen Gemeindevahlen.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.  
Paris, 12. Mai. Das Ministerium des Innern veröffentlichte eine zusammenfassende Statistik über den Ausfall der Gemeindevahlen. Danach haben erhalten: 1. in Paris: die Linke 26 (23 vor der Wahl), die Rechte 47 (50), Kommunisten 8 (7); 2. in den Gemeinden des Seine-Departements: die Linke 49 (49), die Rechte 21 (33), Kommunisten 9 (6); 3. Bezirks-

kreise: die Linke (242 (164), die Rechte 136 (214), Kommunisten 1 (1).

### Blutiger politischer Zusammenstoß.

Ein Toter, sechs Schwerverletzte.  
Berlin, 11. Mai.  
In Oberberg (Mark) kam es anlässlich eines Festes des Großdeutschen Jugendbundes Oberberg am Eingang eines Lokals zu einem Zusammenstoß zwischen einigen Stahlhelmlern und einigen Angehörigen des Reichsbanners. Hierbei wurde ein Reichsbannermann getötet, sechs Personen, darunter der Wirt des Lokals, zum Teil schwer verletzt. Wie dem Amtlichen Preussischen Pressedienst mitgeteilt wird, haben nach den bisherigen Ermittlungen Stahlhelmler geschossen. Weitere Ermittlungen sind durch Kommissare des Regierungspräsidenten in Potsdam, die an Ort und Stelle entandt wurden, eingeleitet. Die Staatsanwaltschaft ist bereits benachrichtigt.  
Zwei Angehörige des Böllischen Jugendbundes, der 22-jährige Student Tietz und der 23-jährige Gärtner Tietze aus Eberswalde, befinden sich in Haft.

### Ein Sieg der Marokkaner.

Die französische Front durchbrochen.  
Die Nachrichten, die von dem Kriegsschauplatz in Marokko vorliegen, besagen, daß die Aufständischen einen großen Erfolg zu verzeichnen haben. Es ist den Kiffen gelungen, auf einer Breite von 30 Kilometern in die französische Stellung einzudringen. Das Gros der Kiffen wird in Sgheschuan konzentriert.  
Das Marokkoproblem ist gegenwärtig das brennendste Problem in der französischen Öffentlichkeit. Nach allgemeinen Eindrücken zu schließen, verkennt niemand mehr den Ernst der Lage. Man glaubt allgemein, daß die Ereignisse sich in den nächsten Tagen überschlagen werden. Es liegen Anzeichen vor, daß Abd-el-Krim nunmehr gewillt ist, dem Entscheidungsschlacht nicht auszuweichen.

## Hindenburgs Einzug in Berlin

### Der Empfang des Präsidenten

Berlin, 11. Mai abends.  
Soeben traf mit dem Fahrplanmäßigen D-Zug, der um 1.38 Uhr Hannover verlassen hatte und dem der Salonwagen des Reichspräsidenten angehängt war, Reichspräsident von Hindenburg auf dem Bahnhof Heerstraße ein, wo ihn die Spitzen der Behörden, der Reichskanzler Dr. Luther mit dem gesamten Kabinett, Mitglieder der Landesregierungen, des Magistrats sowie Pressevertreter und geladene Gäste erwarteten. Besonders Feierlichkeiten fanden dabei nicht statt, nur die 10-jährige Tochter des Reichskanzlers überreichte Hindenburg einen Blumenstrauß und sprach dazu ein paar Verse. Der Reichspräsident bestieg darauf in Begleitung des Reichskanzlers das harrende Automobil, und dieses begann unter brausenden Zurufen und Fahnenstößen durch die feinen Weg einfallenden Massen die Fahrt zum Brandenburger Tor. Mehrere Flugzeuge kreisten in den Lüften über dem Bahnhof während der Ankunft.  
Bis zum Brandenburger Tor war das Präsidentenauto von einer Schutzabteilung aus Motorrädern, die es dicht umschlossen, begleitet. Am Brandenburger Tor wurde kurzer Halt gemacht und eine Abteilung Kavallerie übernahm die Begleitung des Präsidenten bis zum Reichskanzlerpalais, wo er für heute Wohnung nahm. Abends fand zu Ehren des Reichspräsidenten ein Essen beim Reichskanzler Dr. Luther statt, an dem die Reichsminister sowie ein kleiner Kreis führender Persönlichkeiten teilnahmen.

### Am Bahnhof Heerstraße.

Berlin, 11. Mai.  
Der Aufmarsch der Zweihunderttausend, die beim Einzug Spalier bilden, vollzieht sich, soweit man sehen kann, in musterhafter Ordnung. In unübersehbaren Scharen rücken sie an: die Anhänger der Rechtsorganisationen in ihren schmutzigen Uniformen, vaterländische Organisationen aller Art mit schwarzen Röcken und Bühlern, Studenten

in Weich, ehemalige Offiziere in Kriegsuniform. Keiner wollte fehlen. Nur eines mußte auf höheren Befehl fortfallen, die Musik, die nach Ansicht des Polizeipräsidenten zu Unstörungen hätte Anlaß geben können. Dafür kommen aber die meisten Organisationen mit kräftigem Gesang anmarschiert. Prädig das Bild der zahllosen Fahnen, soweit es sich nicht um einfarbige Vereinsfarben handelt, sind sie fast alle schwarz-weiß-rot. Die Reichsflaggen fehlen im Spalier gänzlich, dagegen ist Schwarz-Rot-Gold an den Häusern spärlich vertreten. Um den Bahnhof Heerstraße sind die Straßen vollständig abgeperrt. Nur Kinooperatoren stehen hier und an anderen besonders geeigneten Stellen massenhaft. Kein Fenster in den Durchgangsräumen ist unbefestigt. Hinter den Spalierbildenden Verbänden steht das Publikum, teilweise auf Stühlen, um etwas sehen zu können. Sitzende Händler verkaufen schwarz-weiß-rote Schleifen, Hindenburg-Postkarten, kleine Fahnen, Luftballons mit dem Hindenburg-Bildnis oder angehängten schwarz-weiß-roten Fahnen. Alles ist bereit, den neuen Reichspräsidenten zu empfangen. Auf dem nur für die Spitzen der Reichsverwaltung und wenige Auserwählte reservierten Ringbahnsteig, der sauber aussieht mit seinem frischbestreuten Sandboden und dem einfachen, aber geschmackvollen Pflanzenschmuck, wird die Ankunft des Zuges aus Hannover signalisiert. Alles gerät in Bewegung, Spalierreihen und Publikum richten sich höher auf: der Präsident kommt.

### Vor dem Brandenburger Tor.

Berlin, 11. Mai.  
Anders hatten wir uns einst den Einzug des Generalfeldmarschalls gedacht. Anders — an der Spitze eines siegreichen deutschen Heeres. Dann wäre er umrauscht worden von der Dankbarkeit des ganzen Volkes. Anders ist es geschehen. Nicht der Generalfeldmarschall, nicht der Befehlshaber einer siegreichen Armee ist heute eingezogen in Berlin, sondern der neue Reichspräsident. Auch er umrauscht von den jubelnden Zurufen der Hunderttausende, die die gewaltige Einzugsstraße in Länge einer ganzen Meile rechts und links säumen. Dort stehen Studenten, Kriegervereine, vaterländische Verbände, deutscher Adel und deutsches Bürgertum. Wer im Kriege sich ein Zeichen der Tapferkeit errang —, heute hat er es angelegt, seinem alten Heerführer zu Ehren. Viele sind der